

Protokoll

über die ordentliche öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Varel am Mittwoch, 11.04.2018,
19:00 Uhr, im Rathaus I, Sitzungssaal, Windallee 4, 26316 Varel.

Anwesend:

Ratsvorsitzende:	Hannelore Schneider
1. stellv. Ratsvorsitzende:	Dr. Susanne Engstler
2. stellv. Ratsvorsitzende:	Kristin Waegner
Bürgermeister:	Gerd-Christian Wagner
stellv. Bürgermeister:	Rudolf Böcker
	Raimund Recksiedler
Ratsmitglieder:	Klaus Ahlers
	Joschi Bektas
	Sascha Biebricher
	Cordula Breitenfeldt
	Dirk Brumund
	Tina Nicole Brun
	Jürgen Bruns
	Sigrid Busch
	Hergen Eilers
	Dominik Helms
	Carsten Kliegelhöfer
	Leo Klubescheidt
	Lars Kühne
	Sabine Kundy
	Walter Langer
	Alfred Müller
	Axel Neugebauer
	Georg Ralle
	Bernd Redeker
	Jörg Weden
	Alexander Westerman
von der Verwaltung:	Wilfried Alberts
	Thomas Besse
	Olaf Freitag
	Dirk Heise
	Dr. Meike Knop
	Jörg Kreikenbohm
	Marion Lübben-Groß
	Jens Neumann
	Christian Nicklas
	Johann Taddigs

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit des Rates**
- 2 **Feststellung der Tagesordnung**
- 3 **Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 13.12.2017**
- 4 **Einwohnerfragestunde**
- 5 **Änderung der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Varel
Vorlage: 119/2018**
- 6 **Vertreter der Stadt Varel in dem Ausschuss des Entwässerungsverbandes Varel
Vorlage: 113/2018**
- 7 **Berichte und Anträge der Ausschüsse**
 - 7.1 **Verwaltungsausschuss vom 01.03.2018**
 - 7.1.1 **Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen vom 15.02.2018**
 - 7.1.1.1 Sachspenden des Fördervereins „Freibad am Bäker e. V.“ für das Freibad der Stadt Varel
Vorlage: 032/2018
 - 7.2 **Verwaltungsausschuss vom 22.03.2018**
 - 7.2.1 **Ausschuss für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr vom 12.03.2018**
 - 7.2.1.1 Benennung von Straßen im Baugebiet in Dangast
Vorlage: 097/2018
 - 7.2.2 **Anträge an den Rat der Stadt Varel**
 - 7.2.2.1 Wahl der Vertrauenspersonen für den Schöffenwahlausschuss
Vorlage: 069/2018
 - 7.2.2.2 Aufstellung der Vorschlagsliste für die Wahl der Schöffen
Vorlage: 070/2018
 - 7.2.2.3 Aufstellung der Vorschlagsliste für die Wahl der Jugendschöffen
Vorlage: 071/2018
 - 7.3 **Verwaltungsausschuss vom 05.04.2018**
 - 7.3.1 **Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 28.03.2018**
 - 7.3.1.1 Bebauungsplan Nr. 223 (Büppeler Weg/Oldenburger Straße) - Abwägung und Satzungsbeschluss
Vorlage: 101/2018
 - 7.3.2 **Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen vom 04.04.2018**
 - 7.3.2.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Varel für die Haushaltsjahre 2018 und 2019
Vorlage: 111/2018

- 7.3.2.2 Haushaltsplan der Grosse-Stiftung für die Haushaltsjahre 2018 und 2019
Vorlage: 107/2018
- 7.3.2.3 Haushaltsplan der Klusmann-Bülter-Stiftung für die Haushaltsjahre 2018 und 2019
Vorlage: 106/2018
- 7.3.2.4 Wirtschaftsplan der Geschwister Anna und Diederich Bremer-Stiftung für das Wirtschaftsjahr 2018
Vorlage: 109/2018
- 7.3.3 Anträge an den Rat der Stadt Varel**
- 7.3.3.1 Rechnungsprüfungsordnung (RPO) für das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Varel
Vorlage: 112/2018
- 8 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 9 Anträge und Anfragen**

Protokoll:

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit des Rates

Ratsvorsitzende Schneider eröffnet um 19.00 Uhr die ordentliche öffentliche Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Rates fest. Sie begrüßt die Ratsmitglieder, die Vertreter der Presse und eine Anzahl Vareler Bürgerinnen und Bürger.

Sie stellt fest, dass Ratsfrau Papen und die Ratsherren Boyken, Funke, Kramer, Nieraad und Onken entschuldigt fehlen.

2 Feststellung der Tagesordnung

Ratsvorsitzende Schneider stellt die Tagesordnung fest.

3 Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 13.12.2017

Der öffentliche Teil des Protokolls über die Sitzung des Rates der Stadt Varel vom 13.12.2017 wird einstimmig genehmigt.

4 **Einwohnerfragestunde**

In der Einwohnerfragestunde gibt es keine Wortmeldungen.

5 **Änderung der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Varel Vorlage: 119/2018**

Ratsherr Bektas hat den anliegenden Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Varel, den Verwaltungsausschuss und der Ausschüsse eingereicht. Gemäß dem Antrag soll in allen Sitzungen des Rates, des Verwaltungsausschusses und der Fachausschüsse nicht nur das jeweilige Abstimmungsergebnis insgesamt, sondern auch das Abstimmungsverhalten jeder Partei protokolliert werden.

Die Verwaltung weist darauf hin, dass sich die entsprechenden Regelungen der derzeit gültigen Geschäftsordnung an dem Text der Mustergeschäftsordnung der gemeindlichen Spitzenverbände orientieren bzw. deckungsgleich mit diesem sind. Bei der vom Ratsherrn Bektas beantragten Regelung würde es zu einer Benachteiligung von fraktionslosen Ratsmitgliedern kommen, da diese bei der Protokollierung des Abstimmungsergebnisses zwangsläufig namentlich genannt werden müssten. Dieses käme zumindest für die fraktionslosen Ratsmitglieder einer namentlichen Abstimmung gleich. Eine solche namentliche Abstimmung muss nach der derzeitigen Fassung der Geschäftsordnung von mindestens einem Drittel der anwesenden Ratsmitglieder beantragt werden. Durch die beantragte Änderung der Geschäftsordnung würde die namentliche Abstimmung quasi zum Regelfall werden.

Außerdem wären praktische Probleme für die Vorsitzenden des Rates, des Verwaltungsausschusses und der Fachausschüsse zu erwarten, da diese dann bei jeder Abstimmung auch die Stimmen der einzelnen Fraktionen, Gruppen und fraktionslosen Ratsmitglieder feststellen müssten. Verwaltungsseitig kann diese aufwendige Feststellung der Abstimmungsergebnisse nicht gewährleistet werden.

Verwaltungsseitig wird dazu geraten, den Antrag aus den vorgenannten Gründen abzulehnen. In der Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 05.04.2018 wurde ein Auftrag an die Verwaltung, einen dem Antrag entsprechenden Entwurf für die Änderung der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Varel, den Verwaltungsausschuss und der Ausschüsse zu erarbeiten, einstimmig abgelehnt.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Entwurf für die Änderung der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Varel, den Verwaltungsausschuss und der Ausschüsse in der Weise vorzubereiten, dass zusätzlich zum gesetzlich geforderten Abstimmungsergebnis der Ja- und Nein-Stimmen auch ersichtlich wird, wie die jeweiligen Fraktionen, Gruppen und fraktionslosen Ratsmitglieder abgestimmt haben.

Mehrheitlicher Beschluss dagegen

Ja: 1 Nein: 26

**6 Vertreter der Stadt Varel in dem Ausschuss des Entwässerungsverbandes Varel
Vorlage: 113/2018**

Der Rat der Stadt Varel hat einen Vertreter für den Ausschuss des Entwässerungsverbandes Varel zu benennen. Vorschlagsberechtigt ist gemäß § 71 Abs. 6 NKomVG die Mehrheitsgruppe.

Vorschlag der SPD/CDU/FDP/BBV-Gruppe:

Bernd Redeker CDU

Beschluss:

Als Vertreter der Stadt Varel in dem Ausschuss des Entwässerungsverbandes Varel wird folgende Person benannt:

Bernd Redeker CDU

Einstimmiger Beschluss

Ja: 26 Enthaltungen: 1

7 Berichte und Anträge der Ausschüsse

7.1 Verwaltungsausschuss vom 01.03.2018

7.1.1 Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen vom 15.02.2018

**7.1.1.1 Sachspenden des Fördervereins „Freibad am Bäker e. V.“ für das Freibad der Stadt Varel
Vorlage: 032/2018**

Beschluss:

Der Annahme von Sachspenden des Fördervereins „Freibad am Bäker Varel e. V.“ im Wert von insgesamt 9.694,32 € für das Freibad der Stadt Varel wird zugestimmt.

Einstimmiger Beschluss

7.2 Verwaltungsausschuss vom 22.03.2018

7.2.1 Ausschuss für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr vom 12.03.2018

7.2.1.1 Benennung von Straßen im Baugebiet in Dangast Vorlage: 097/2018

Beschluss:

Der in dem Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr vom 12.03.2018 anliegenden Lageplan im nördlichen Bereich liegende Straßenabschnitt erhält den Straßennamen „Am Alten Deich“, der davon abzweigende Straßenabschnitt den Straßennamen „Deichhörn“ und der im südlichen Bereich liegende Straßenabschnitt den Straßennamen „Sandkuhle“.

Einstimmiger Beschluss

7.2.2 Anträge an den Rat der Stadt Varel

7.2.2.1 Wahl der Vertrauenspersonen für den Schöffenwahlausschuss Vorlage: 069/2018

Beschluss:

Als Vertrauenspersonen für den Schöffenwahlausschuss beim Amtsgericht Varel für die Geschäftsjahre 2019 bis 2023 werden folgende Personen gewählt:

1. Boyken, Heinz Peter, geb. am 23.07.1946 in Varel, wh. Brandenburger Straße 8, 26316 Varel
2. Breitenfeldt, geb. Hemjeoltmanns, Cordula Sabine, geb. am 28.10.1962 in Edewecht, wh. Deichstraße 9, 26316 Varel
3. Ralle, Georg Friedrich, geb. am 21.08.1950 in Varel-Land jetzt Varel, wh. Am Sande 6 A, 26316 Varel
4. Redeker, Bernd Wilhelm, geb. am 22.07.1958 in Varel, wh. Windallee 35, 26316 Varel

Einstimmiger Beschluss

7.2.2.2 Aufstellung der Vorschlagsliste für die Wahl der Schöffen Vorlage: 070/2018

Beschluss:

Die Stadt Varel stellt die dem Protokoll über die Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 22.03.2018 anliegende Vorschlagsliste für die Wahl der Schöffen für die Geschäftsjahre 2019 bis 2023 auf.

Einstimmiger Beschluss

7.2.2.3 Aufstellung der Vorschlagsliste für die Wahl der Jugendschöffen Vorlage: 071/2018

Beschluss:

Die Stadt Varel schlägt die in der dem Protokoll über die Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 22.03.2018 anliegenden Übersicht genannten Personen für die Wahl der Jugendschöffen für die Geschäftsjahre 2019 bis 2023 vor. Die Verwaltung wird ermächtigt, die Übersicht bereits vor der Beschlussfassung durch den Rat der Stadt Varel dem Landkreis Friesland bekanntzugeben.

Einstimmiger Beschluss

7.3 Verwaltungsausschuss vom 05.04.2018

7.3.1 Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 28.03.2018

7.3.1.1 Bebauungsplan Nr. 223 (Büppeler Weg/Oldenburger Straße) - Abwägung und Satzungsbeschluss Vorlage: 101/2018

Beschluss:

Die dem Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 28.03.2018 anliegenden Abwägungsvorschläge werden zum Beschluss erhoben. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 223 nebst Begründung wird beschlossen.

Einstimmiger Beschluss

7.3.2 Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen vom 04.04.2018

7.3.2.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Varel für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 Vorlage: 111/2018

Bürgermeister Wagner teilt mit, dass die SPD/CDU/FDP/BBV-Gruppe den anliegenden Antrag gestellt hat. Es handelt sich um einen Änderungsantrag nach § 7 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Varel, den Verwaltungsausschuss und der Ausschüsse.

Ratsherr Bruns führt für die SPD/CDU/FDP/BBV-Gruppe aus, dass mit diesem Antrag auf die Forderung der Fraktion ZUKUNFT VAREL nach höheren Investiti-

onen für die städtischen Wohnungen reagiert wird. Im Hinblick auf die Tatsache, dass für den Ausbau des Parkplatzes am Bahnhof voraussichtlich auch im Jahre 2020 noch Fördermittel zur Verfügung stehen, habe man sich entschlossen diesen Änderungsantrag einzubringen.

Ratsherr Müller bezeichnet die Höhe der damit freiwerdenden Mittel als vollkommen unzureichend angesichts des Investitionsvolumens, welches notwendig ist, um die städtischen Wohnungen zu sanieren.

Ratsfrau Breitenfeldt erklärt für die Gruppe G6, dass man sich dem Änderungsantrag anschließen könnte. Die Zeit bis zum Jahre 2020 sollte genutzt werden, um ein Verkehrskonzept zu entwickeln, mit dem dann auch festzulegen ist, was am Bahnhof geschehen soll.

Ratsherr Eilers betont für die CDU-Fraktion, dass man den Ausbau des Parkplatzes am Bahnhof auch weiterhin für eine sinnvolle Maßnahme hält. Da die Fördermittel aber vermutlich auch 2020 noch zur Verfügung stehen, habe man sich zu dem Änderungsantrag entschlossen.

Anschließend lässt Ratsvorsitzende Schneider über den Änderungsantrag der SPD/CDU/FDP/BBV-Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 26 Enthaltungen: 1

Ratsvorsitzende Schneider stellt fest, dass der Änderungsantrag damit angenommen wurde.

Danach führt Ratsherr Bruns aus, dass es sich bei dem vorliegenden Entwurf um einen Doppelhaushalt handelt. Solche Doppelhaushalte können keine Dauerlösung sein, man habe sich jedoch für die Jahre 2018 und 2019 für einen Doppelhaushalt entschieden, um es der Verwaltung zu ermöglichen, die Jahresabschlüsse voran zu bringen. Zudem habe man die Absicht, den Haushalt für das Jahr 2020 möglichst noch im Dezember 2019 zu verabschieden.

Die von der Mehrheitsgruppe gesetzten Schwerpunkte dieses Doppelhaushaltes sieht er im Bereich des Ausbaus der Kinderbetreuung, der Schulen und der Sportstättenentwicklung.

Für das Haushaltsjahr 2018 wird im Ergebnishaushalt ein Plus von 2,8 Mio. € erwartet, dem folgt bereits im Haushaltsjahr 2019 ein Minus von 3,7 Mio. €. Dieses Minus resultiert jedoch nicht aus überproportionalen Mehrausgaben sondern aus Negativeffekten in Höhe von ca. 7 Mio. €. Als Beispiele für diese Negativeffekte nennt er eine erhöhte Kreisumlage (ca. 1 Mio. €), einen Rückgang bei den Schlüsselzuweisungen (ca. 3,4 Mio. €) und um ca. 2,5 Mio. € niedriger angesetzte Gewerbesteuererinnahmen.

Man sei stolz darauf, dass die Stadt Varel aufgrund der in den vergangenen Jahren erfolgten Konsolidierungsmaßnahmen derzeit über liquide Mittel von ca. 12 Mio. € verfügt, wengleich davon 6 Mio. € gebundene Mittel für noch nicht umgesetzte Maßnahmen aus den Vorjahren sind.

Unerfreulich sei das sich abzeichnende strukturelle Defizit von ca. 1 Mio. € jährlich. Es gelte, dieses Defizit in den kommenden Jahren nachhaltig zu kompensieren.

Er begrüßt den auf Kreisebene angestoßenen Prozess für eine Senkung der Kreisumlage, verbunden mit der Diskussion um die Aufgabenteilung zwischen dem Landkreis und den kreisangehörigen Städten und Gemeinden. In diesem

Zusammenhang verweist er auf weitere vom Landkreis zugesagte finanzielle Entlastungen.

Er bezeichnet die von Bund und Land getroffenen Entscheidungen zum Ausbau der Kinderbetreuung als gesellschaftspolitisch richtig, weist jedoch zugleich auf die finanziellen Mehrbelastungen hin, welche die Kommunen zu tragen haben. So steigen die Personalkosten der Stadt Varel von 11,4 Mio. € auf 13,8 Mio. €, davon allein im Bereich der Kinderbetreuung von 1,7 Mio. € auf 3,5 Mio. €. Er fordert diesbezüglich von Bund und Land einen fairen finanziellen Ausgleich.

Als große Investitionsvorhaben nennt er den bereits begonnenen Bau der Kindertagesstätte Waldviertel und den geplanten Bau einer Kindertagesstätte in Büppel, den Neubau des Feuerwehrhauses in Obenstrohe und die Umsetzung des Sportstättenentwicklungskonzeptes mit dem Bau des langersehnten Kunstrasenplatzes. Etwa 700.000 € werden in die Grundschule Büppel fließen, weitere 300.000 € in die Bauunterhaltung für die übrigen Grundschulen.

Er erinnert an die Diskussionen im Rat der Stadt Varel um den Stadtumbau West und betont, dass es richtig war, trotz einer damals sehr schwierigen Haushaltslage, als Kommune dort selbst tätig zu werden. Die dortige positive Entwicklung sei ein Beispiel für den Aufbruch und für die gute Situation in der Stadt Varel.

Er spricht den Abbruch des ehemaligen Postgebäudes an und betont, dass diese Fläche auch nach der Neugestaltung weiterhin als eine Entwicklungs- bzw. Potentialfläche betrachtet wird. Wenn an diesem exponierten Platz etwas entstehen soll, dann muss es sich um etwas handeln, was auch die Innenstadt nachhaltig stärkt.

Im Bereich der Wirtschaftsförderung werden 125.000 € für Neuansiedlungen, Startups bzw. Bürgschaften bereitgestellt. In zwei Jahren soll geprüft werden, ob diese Form der Wirtschaftsförderung ein neuer erfolgreicher Ansatz sein kann. Für die Sanierung städtischer Straßen wird in den Haushaltsjahren 2018 und 2019 insgesamt 1 Mio. € bereitgestellt. Zusätzlich sind jährlich 100.000 € für die Einstellung von zwei Mitarbeitern für den Stadtbetrieb vorgesehen. Diese „schnelle Eingreiftruppe“ soll sich flexibel und bürgernah um kleine Ärgernisse, z. B. Versackungen, kümmern. Daneben sollen zwei weitere noch einzustellende Arbeitskräfte auf dem Stadtbetrieb die Grünflächenpflege intensivieren.

Bezugnehmend auf die von der Fraktion ZUKUNFT VAREL geforderte Kreditaufnahme in Höhe von 1 Mio. € für den Ausbau bzw. für die Sanierung von Straßen, Wegen, Radwegen und Bürgersteigen führt er aus, dass sich die Mehrheitsgruppe gegen ein kreditfinanzierte Sanierung ausspricht. Er verweist in diesem Zusammenhang auf den eingebrachten Änderungsantrag und auf die in dem Beschlussvorschlag dokumentierte Absicht, Mehreinnahmen prioritär für zusätzliche Ausgaben etwa in der Straßenunterhaltung zu verwenden. Aus seiner Sicht hat die Mehrheitsgruppe in den Haushaltsberatungen gezeigt, dass man zu einer konstruktiven Zusammenarbeit mit den anderen Fraktionen bzw. Gruppen bereit ist.

Er verweist auf die in dem vorliegenden Entwurf vorgesehenen ca. 2,8 Mio. € für freiwillige Leistungen. Dabei handelt es sich um einen kleinen Beitrag zur Unterstützung der in den vielen Vereinen und Organisationen geleisteten Arbeit. In diesem Zusammenhang dankt er allen, die sich ehrenamtlich bzw. freiwillig engagieren und Varel somit lebenswert machen.

Abschließend stellt er fest, dass die Stadt Varel durch die in der Vergangenheit erfolgten Bemühungen um eine Haushaltskonsolidierung auf gesunde Füße gestellt werden konnte. Insoweit kann man Varel zu Recht als eine Stadt für Leben, Wohnen und Arbeiten bezeichnen. Das zeigen auch steigende Bevölkerungszahlen.

Ratsherr Neugebauer erklärt, dass die Fraktion ZUKUNFT VAREL erfreut ist, dass die für die Straßenzustandsbeurteilung ursprünglich eingeplanten 50.000 €

gestrichen worden sind. Eine solche Beurteilung kann die Verwaltung selbst vornehmen. Ebenfalls für sinnvoll erachtet wird die Einstellung von zwei Pflasterern. Allerdings sind die für die Straßensanierung insgesamt vorgesehenen Haushaltsmittel nicht ausreichend.

Er berichtet von einem Gespräch mit Bürgern des Ortsteils Büppel, die sich verwundert darüber zeigten, dass der Büppeler Weg zwar bis zur Ortsgrenze saniert worden ist, jedoch nicht im weiteren Verlauf (Bürgermeister-Osterloh-Straße). Bezogen auf das Haushaltsjahr 2018 bezeichnet er die finanzielle Lage der Stadt Varel als gut. Durch die vom Land Niedersachsen gewährte Entschuldungshilfe ist man gewisse Verpflichtungen eingegangen, nun sei es an der Zeit zu prüfen, ob man den Zukunftsvertrag nicht verlassen könne. Dadurch könnte man wieder Raum für eigene finanzielle Entscheidungen gewinnen, z. B. für neue Kreditaufnahmen. Die Fraktion ZUKUNFT VAREL hält eine kreditfinanzierte Sanierung von Straßen für akzeptabel und spricht sich daher dafür aus, in den Haushaltsjahren 2018 und 2019 jeweils 500.000 € aufzunehmen und diese Mittel zusätzlich in die Straßensanierung zu investieren.

Er führt weiter aus, dass er sich eine signifikante Senkung der Kreisumlage gewünscht hätte. Die stattdessen vom Landkreis in Aussicht gestellte finanzielle Unterstützung entspricht nicht seinem Ansinnen.

Bezugnehmend auf den zunehmenden Straßenverkehr weist er darauf hin, dass dieses eine stärkere Lärmbelastung für die Anwohner der betroffenen Straßen bedeutet. Die Fraktion ZUKUNFT VAREL fordert daher die Erstellung eines Lärmkatasters, damit Varel auch zukünftig eine Wohnstadt bleibt.

Er fordert nochmals sowohl im Jahre 2018 als auch im Jahre 2019 jeweils weitere 150.000 € in die Sanierung städtischer Wohnungen und jeweils weitere 500.000 € in die Sanierung städtischer Straßen zu investieren. Angesichts der sehr günstigen Zinslage lassen sich diese Investitionen über langfristige Darlehen finanzieren.

Ratsherr Kliegelhöfer zeigt sich erfreut über die an der Sache orientierte Zusammenarbeit in dem Rat der Stadt Varel und in den Ausschüssen. Dennoch muss es erlaubt sein, in der Sache auch einmal zu streiten.

Für die Gruppe G6 erklärt er, dass man sich mehr Bürgertransparenz wünsche, dann würden möglicherweise auch wieder mehr Bürger Interesse an den Sitzungen des Rates der Stadt Varel und der Ausschüsse zeigen.

Er führt aus, dass sich mit den insgesamt eingeplanten 900.000 € für die Umsetzung eines Sportstättenentwicklungskonzeptes und der Schaffung eines Kunstrasenplatzes ebenso gut ca. 10 km Straße sanieren lassen. Wenn man durch Varel fährt, dann muss man feststellen, dass die Sanierung von Straßen wichtiger ist als die Schaffung eines Kunstrasenplatzes.

Er vermisst eine gesamtkeptionelle Vision für Varel. In diesem Zusammenhang stellt er fest, dass die Varel-DanGastCard zwar das kostenlose Parken in Dangast ermöglicht, jedoch nicht im übrigen Stadtgebiet. Er nennt als Beispiel den Bau von Fahrradboxen am Vareler Bahnhof, ohne ein Konzept für eine fahrradfreundliche Stadt zu haben.

Er begrüßt die geplante Informationsveranstaltung zu dem Vorhaben eines Investors, in Obenstrohe einen EDEKA-Markt zu bauen und die Absicht mit den Bürgern in einen Diskurs zu gehen. Es muss in den Blick genommen werden, welche Auswirkungen solche Entwicklungen für die Innenstadt haben.

Er kritisiert, dass bereits Mittel für die Schaffung eines Kunstrasenplatzes eingeplant worden sind, ohne dass das Sportstättenentwicklungskonzept überhaupt öffentlich gemacht worden ist. Im Übrigen sind auch die betriebswirtschaftlichen Folgekosten nicht dargestellt.

Der vorliegende Entwurf des Haushalts lässt aus seiner Sicht keine Visionen erkennen, so dass die Gruppe G6 dem Entwurf nicht zustimmen wird. Im Übrigen

erscheint ihm ein Doppelhaushalt ungeeignet, weil er im zweiten Jahr intransparent werde.

Ratsfrau Waegner stellt fest, dass die 900.000 € nicht nur für die Schaffung eines Kunstrasenplatzes in den Haushalt eingestellt worden, sondern für die Umsetzung des Sportstättenentwicklungskonzeptes insgesamt. Wenn dieses Konzept umgesetzt werden soll, dann braucht man Geld, es sei denn man riskiert das Konzept zwei Jahre lang nicht umsetzen zu können.

Aus ihrer Sicht sind die Sanierung der Schulen mit der Setzung von Fokuspunkten und der Bau der Kindertagesstätten hervorzuheben. Damit verfolge man durchaus auch die Vision Varel als Stadt zum Leben, Wohnen und Arbeiten weiterzuentwickeln.

Bürgermeister Wagner stellt fest, dass es in diesem Jahr zum ersten Mal seit vielen Jahren nicht notwendig ist, ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen. Diese erfreuliche Tatsache hat man den vielen in der Vergangenheit im Rat der Stadt Varel getroffenen Kurskorrekturen bzw. zielführenden Entscheidungen zu verdanken.

Er fragt sich, ob es im Detail immer ein Konzept geben muss, dass hinter einer Entscheidung steht, oder ob es nicht reicht, als übergeordnetes Konzept zu versuchen, Varel auch weiterhin zu einer lebens- und liebenswerten Stadt zu machen.

Der Verschuldungsgrad der Stadt Varel konnte mittlerweile unter den Landesdurchschnitt gesenkt werden, was ein Beweis dafür ist, dass im Rat der Stadt Varel gute Politik gemacht wird.

Als Beispiele für die Vitalität der Stadt Varel nennt er den Stadtumbau West, die Senkung des Defizits des Eigenbetriebes Kurverwaltung Nordseebad Dangast auf unter 1 Mio. € jährlich und Erfolge der Wirtschaftsförderung.

Er sieht große Herausforderungen auf die Stadt Varel zukommen. So habe man zwar mit den zwei geplanten Kindertagesstätten ein gutes Fundament gelegt, dennoch müsse man sich Gedanken über eine weitere Kindertagesstätte machen. Für den Bereich der Sanierung der städtischen Wohnungen und der städtischen Straßen hält er ein Konzept für notwendig.

Bezugnehmend auf die Diskussion um die Erstellung eines Lärmaktionsplans bzw. eines Lärmkatasters weist er darauf hin, dass ein aufgestellter Lärmaktionsplan auch umgesetzt werden muss. Diese Umsetzung wird mit kostenintensiven Maßnahmen verbunden sein. Insoweit muss auch gesagt werden wo das Geld für die Umsetzung herkommen soll.

Abschließend äußert er die Hoffnung, dass im Rat der Stadt Varel auch zukünftig zielorientiert zusammengearbeitet wird.

Ratsherr Eilers erinnert daran, dass man aus sehr schwierigen finanziellen Zeiten kommt in denen man 20 Mio. € Kassenkredite gehabt habe. Insoweit lässt sich eine Haushaltsberatung heute wesentlich entspannter führen als damals. Diese hervorragende Entwicklung ist nur durch teilweise schmerzhaftes Konsolidierungsmaßnahmen möglich gewesen, unterstützt durch die Entschuldungshilfe des Landes und eine gute wirtschaftliche Entwicklung.

An bereits erreichten Zielen nennt er die Ganztagsbetreuung in den Grundschulen, die Schaffung eines Fachmarktzentrum für eine von den Kunden gewünschte Einkaufsmöglichkeit, die Innenstadtsanierung als ein klares Bekenntnis zur Innenstadt, die Entwicklung des ehemaligen Kasernengeländes, die nachhaltige Vermarktung von Gewerbeflächen, die erheblichen Investitionen in Kindertagesstätten und die Entwicklung einer touristischen Perspektive in Dangast.

Er stellt fest, dass durch den Ausbau der Kinderbetreuung auf Dauer jährlich ca. 2 Mio. € zusätzlich erforderlich sein werden. Die derzeit seitens des Landes vor-

gesehene Kompensation bezeichnet er als völlig unzureichend. In diesem Zusammenhang führt er aus, dass es nicht angehen kann, dass Bund und Land Gesetze beschließen, deren Folgekosten die Kommunen zu tragen haben. Wenn man keine ausreichende Kompensation erhält, dann wird man um Steuererhöhungen nicht herumkommen.

Den von der Fraktion ZUKUNFT VAREL geforderten kreditfinanzierten Investitionen in die städtischen Wohnungen und Straßen erteilt man eine klare Absage. Hinsichtlich der Schaffung eines Kunstrasenplatzes geht er davon aus, dass es noch umfangreiche Verhandlungen mit den Rasensport treibenden Vereinen geben wird, mit dem Ziel einer dauerhaften und tragbaren Bewirtschaftung eines solchen Platzes.

Ratsfrau Breitenfeldt ist der Ansicht, dass es nach wie vor kein Tourismuskonzept und kein Verkehrskonzept für Dangast gibt. Sie führt aus, dass steigende Übernachtungszahlen allein kein Erfolgsmodell seien, sondern man sich die Frage stellen müsse, welche Art von Tourismus man wolle. Dafür gibt es bislang eben kein Konzept. In diesem Zusammenhang berichtet sie von einigen Dangaster Betrieben die ihren Geschäftsbetrieb aufgegeben haben.

Sie hält fest, dass der Haushalt der Stadt Varel auch deshalb so gut dasteht, weil man das Tafelsilber in Dangast verkauft hat.

Ratsherr Neugebauer bezieht sich auf die Ausführungen des Bürgermeisters Wagner und betont, dass es der Fraktion ZUKUNFT VAREL um die Erstellung eines Lärmkatasters geht. Dieses könnte dann später einmal Grundlage eines Lärmaktionsplans sein.

Er hält die Aufnahme eines Kredits in Höhe von insgesamt 1,3 Mio. € für die Sanierung von Wohnungen und Straßen angesichts eines Haushaltsvolumens in Höhe von ca. 40 Mio. € für durchaus tragbar.

Ratsherr Bruns wehrt sich gegen den Eindruck, man könne mit 1 Mio. € alle Straßen in Varel sanieren. Er spricht sich dafür aus, die Straßensanierung nach einer von der Verwaltung zu erstellenden Prioritätenliste vorzunehmen.

Bezugnehmend auf Ratsfrau Breitenfeldt stellt er fest, dass der heute zur Beratung vorliegende Haushaltsplan nicht verantwortlich ist für die genannten Betriebsschließungen in Dangast.

Er ist der Auffassung, dass es seitens der Opposition kaum inhaltliche Kritik an dem Haushaltsplan gibt.

Ratsherr Redeker verweist auf die Ausführungen der Verwaltung in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen vom 04.04.2018, wonach „es der Stadt Varel dauerhaft nicht gelingt, im Ergebnishaushalt ausreichende Überschüsse zur Finanzierung der Investitionen zu erwirtschaften. In der Konsequenz lassen sich die Investitionen somit nur über eine steigende Verschuldung realisieren“.

Bis zum Jahre 2022 besteht bereits ohne die von der Fraktion ZUKUNFT VAREL geforderte zusätzliche Kreditaufnahme ein Kreditbedarf in Höhe von insgesamt 6,6 Mio. €. Er möchte der nachfolgenden Generation keinen überhöhten Schuldenstand übergeben und spricht sich daher gegen die von der Fraktion ZUKUNFT VAREL vorgeschlagenen kreditfinanzierten Sanierungsmaßnahmen aus.

Ratsherr Langer begründet die Ablehnung des Haushalts durch die Gruppe G6 mit den bereits von Herrn Kliegelhöfer erwähnten fehlenden Visionen. So wäre es z. B. visionär, sich Gedanken über Mobilität zu machen. Die Gruppe G6 hat hierzu Anträge gestellt, z. B. zur Reaktivierung des Haltepunktes Dangastermoor.

Ratsherr Müller bezieht sich auf den Wortbeitrag des Ratsherrn Bruns. Er stellt fest, dass die Fraktion ZUKUNFT VAREL nicht behauptet hat, mit 1 Mio. € würden sich alle Straßen in Varel sanieren lassen. Ein Verzicht auf die Beseitigung von Mängeln wird die Stadt Varel in Zukunft jedoch noch mehr Geld kosten, weil der Sanierungsbedarf zunimmt. In diesem Zusammenhang verweist er noch einmal auf die aktuell sehr günstige Zinslage.

Ratsherr Kliegelhöfer erklärt, dass er einen Kunstrasenplatz ablehnt, weil er sich „keinen Sondermüll in den Garten legen“ möchte. Zudem beantworte der vorliegende Doppelhaushalt die Fragen einer nachhaltigen Finanzierung nicht, so dass er von ihm abgelehnt wird.

Beschluss:

Die Haushaltssatzung der Stadt Varel für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 sowie das Investitionsprogramm werden unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderung (Änderungsantrag der SPD/CDU/FDP/BBV-Gruppe) in der anliegenden Fassung beschlossen. Die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung wird mit entsprechender Änderung zur Kenntnis genommen.

Des Weiteren wird beschlossen, dass vorbehaltlich der haushaltsrechtlichen Zulässigkeit Mehreinnahmen prioritär für zusätzliche Ausgaben etwa in der Straßenunterhaltung verwendet werden.

Mehrheitlicher Beschluss

Ja: 15 Nein: 11 Enthaltungen: 1

**7.3.2.2 Haushaltsplan der Grosse-Stiftung für die Haushaltsjahre 2018 und 2019
Vorlage: 107/2018**

Beschluss:

Der Haushaltsplan der Grosse-Stiftung für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 wird in der dem Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen vom 04.04.2018 anliegenden Fassung beschlossen.

Einstimmiger Beschluss

Ja: 26 Enthaltungen: 1

**7.3.2.3 Haushaltsplan der Klusmann-Bülter-Stiftung für die Haushaltsjahre 2018 und 2019
Vorlage: 106/2018**

Beschluss:

Der Haushaltsplan der Klusmann-Bülter-Stiftung für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 wird in der dem Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen vom 04.04.2018 anliegenden Fassung beschlossen.

Einstimmiger Beschluss

Ja: 25 Enthaltungen: 2

**7.3.2.4 Wirtschaftsplan der Geschwister Anna und Diederich Bremer-Stiftung für das Wirtschaftsjahr 2018
Vorlage: 109/2018**

Ratsherr Westerman erklärt, dass er dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen wird, da die in dem Wirtschaftsplan vorgesehenen Lohn- und Gehaltsteigerungen seines Erachtens nicht ausreichend sind und somit allem widersprechen, wofür er am 1. Mai, dem Tag der Arbeit, auf die Straße geht.

Beschluss:

Der Wirtschaftsplan der Geschwister Anna und Diederich Bremer-Stiftung für das Wirtschaftsjahr 2018 wird in der dem Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen vom 04.04.2018 anliegenden Fassung beschlossen. Die Finanzplanung für den Planungszeitraum 2019 bis 2021 wird zur Kenntnis genommen.

Mehrheitlicher Beschluss

Ja: 21 Nein: 5 Enthaltungen: 1

7.3.3 Anträge an den Rat der Stadt Varel

**7.3.3.1 Rechnungsprüfungsordnung (RPO) für das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Varel
Vorlage: 112/2018**

Beschluss:

Die Rechnungsprüfungsordnung (RPO) für das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Varel wird in der dem Protokoll über die Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 05.04.2018 anliegenden Fassung beschlossen.

Einstimmiger Beschluss

8 Mitteilungen des Bürgermeisters

Bürgermeister Wagner begrüßt Herrn Nicklas, der zum 01.04.2018 die Leitung des Fachbereichs Zentrale Verwaltung übernommen hat. In diesem Zusammenhang bedankt er sich bei Frau Lübben-Groß für die übergangsweise Leitung des Fachbereichs Zentrale Verwaltung.

Im Namen des Rates der Stadt Varel schließt sich die Ratsvorsitzende Schneider den Worten des Bürgermeisters an.

9 Anträge und Anfragen

Keine Anträge und Anfragen.

Um 21.12 Uhr schließt Ratsvorsitzende Schneider die öffentliche Sitzung.

Zur Beglaubigung:

gez. Hannelore Schneider
(Vorsitzende/r)

gez. Gerd-Christian Wagner
(Bürgermeister)

gez. Thomas Besse
(Protokollführer/in)